

Rieser & Co. Tagesblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Druck
Tagesblatt, Nr. 114.

Amtsblatt

Preis pro Stück
Rt. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 114.

Montag, 21. Mai 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Postbestellern, sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabejahres bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Die auf **Dienstag**, den 22. ds. Mts., Nachmittags 3 Uhr, in den Speichern der Firma Grasselt & Thiem in Gröba angelegte Versteigerung von **50000 Ro. mixed Malz** ist aufgehoben.

Königl. Amtsgericht Riesa,
am 21. Mai 1894.
H. Reichelt.

Mit Genehmigung der königlichen Amtshauptmannschaft wird wegen grundhofter Herstellung der Communicationsweg von Mehltheuer — vom Gasthofe ab — nach Jahnschhausen vom 28. dieses bis 3. künftigen Monats **für den Fahrverkehr gesperrt** und letzterer von Böhlen auf den Communicationsweg Prausitz-Mehltheuer verwiesen.
Mehltheuer, am 19. Mai 1894. **Stephan**, Gem.-Verst.

Holz-Versteigerung.

Bohrischer Revier. Richter'scher Gasthof zu Grödiß.
Donnerstag, den 31. Mai 1894, Vorm. 1/2 12 Uhr.

27 Rm. eichene Brennknüppel,
261 " " " " " "
33 " " " " " "
107 " " " " " "
3 eichene Langhölzer IV. Cl.,
7 " " " " " " II. Cl.

Dürre und Durchforstungshölzer
auf der Poische.

Kgl. Forstrevierverwaltung Bohrisch und Kgl. Forstrentamt Moritzburg,
am 15. Mai 1894.
Eppendorff. Mittelbach.

In Serbien

gehen Dinge vor, welche ernste Besorgnisse hervorrufen. Der Friede im Lande ist dort schon lange ein zweifelhafter gewesen. Die Zerwürfisse der Parteien unter einander haben Ministerwechsel und Gewalttakte zur Folge gehabt. Mit der Verfassung ist „man“ unzufrieden und will sie daher ganz oder theilweise aufheben. Der Kassationshof, das ist der oberste Gerichtshof, hat — wie der Draht aus Belgrad meldete — den königlichen Ulas (Verfügung) vom 29. April betr. die Wiederkehr der Eltern des Königs für nichtig erklärt. Selbstverständlich hat der Vorgang, sowie die damit in Zusammenhang stehenden polizeilichen Erörterungen und Hausdurchsuchungen die größte Aufregung in der Hauptstadt und im Lande hervorgerufen. Serbien steht somit, auch wenn die Verfassung nicht angetastet werden sollte, vor einer ernsteren Krise, als alle die Zeiten her seit der Abdankung des Königs Milan. Der in Frage kommende Ulas wurde erlassen, weil der Beschluß der Volksvertretung (Skupstina), welcher die Expatriation Milans verfügte, gegen die klaren bezüglichen Verfassungsbestimmungen gefaßt, die Verfassung also verletzt worden sei. Der Beschluß der Kammer war ein Nachsatz der damals herrschenden Radikalen gegen Milan, weiter nichts, und hielt sich thatsächlich nicht an die bestehenden Bestimmungen, indem man sich in der Kammer nur mit einer Verlesung des Gesetzes beschränkte. Kammer wie Regentenschaft schufen demnach ein Gesetz, das nicht auf gesetzlichem Boden entstand, und der April-Ulas beseitigte einfach dieses „Gesetz“. Nun hatten sich in Folge von Preßprozessen die einen Gerichte für, andere wieder gegen den Ulas ausgesprochen, je nachdem die betreffende Richterschaft aus Radikalen oder Nicht-Radikalen, der Mehrheit nach, zusammengesetzt war. Ein trauriges Bild der Rechtspflege, was noch düstere Schatten durch den Spruch des obersten Gerichtes des Landes erhält, denn der Kassationshof besteht fast nur aus Richtern, welche der radikalen Partei angehören. — Immerhin aber ist es der entscheidende Richterpruch gewesen und es hätte ihm zufolge der Ulas des Königs keine rechtliche Kraft in Serbien, Milan würde also nach wie vor nur zu Unrecht im Lande weilen und nicht den Schutz eines Mitgliedes des Königshauses genießen. König Alexander wäre somit unterlegen, was wider sein und seines Hauses Ansehen auf das Schmerzlichste schädigen und seine weiteren Maßnahmen um den übermächtigen Einfluß der Radikalen zu brechen, fast lahmlegen müßte. — Der König war sich jedenfalls der Folgen bewußt, welche sich aus dem Ulas höchst wahrscheinlich ergeben würden und jetzt thatsächlich ergeben haben. Die Truppen sind im ganzen Lande in Bereitschaft gestellt, um etwaige Unruhestörungen im Keime zu ersticken. — Der Mittelpunkt der Verschwörung soll die Präsidentenfamilie Karagiorgievitch gewesen sein. Die „Kön. Ztg.“ versichert, die Gefahr des offenen Kampfes in Serbien rücke immer näher. Bei dem Charakter des Erzherzogs Milan lasse sich erwarten, daß er die Verfassung in den nächsten Tagen aufhebe, womit das Reich zu bewaffneten Erhebung der Radikalen gegeben sei. Die einzige Stütze des Königshauses sei das Heer, dessen Zuverlässigkeit heute jedoch manchem Zweifel unterliege. — Es sei hierbei noch daran erinnert, daß man in den russischen Hofkreisen sich unumwunden für die Rechtmäßigkeit des April-Ulas ausgesprochen hat, trotzdem man dort dem Erzherzog Milan nicht sonderlich hold gesinnt ist. In den nächsten Tagen wird der Ministerrath unter Vorsitz des Königs strengste Maßregeln gegen den renitenten Kassationshof beschließen. Die Stadt durchwühlenden allerhand Gerüchte: Es heißt, daß die Erzherzogin Natalie bereits

auf der Reise nach Belgrad begriffen sei. Nach dem Eintreffen derselben soll die Verfassung suspendirt und Erzherzog Milan mit der Regentenschaft betraut werden, während der König seine projektirte Reise nach Konstantinopel antritt. Wahrscheinlich werden die Dinge diesen Verlauf nehmen, da die Richter des Kassationshofes unabhörbar sind, an eine Zurücknahme des königlichen Ulofes aber nicht zu denken ist und da des Weiteren eine neu gewählte Skupstina ebenso wenig wie die jetzige zu freiwilligen Änderungen an der Verfassung zu haben sein wird. Beim Ausbruch der Revolution vermag sich die Krone nur auf das Heer zu stützen, da diese Stütze aber eine keineswegs feste und sichere ist, thäte sie gut, sich noch zehnmal zu bestimmen, ehe sie die Verfassung aufhebt. Für den fremden Zuschauer kann es ja gleichgültig sein, welche Mittel in serbischen Parteikampfe angewendet werden, wenn nur die allgemeine politische Ruhe dadurch nicht gestört wird. Unterliegt das Haus Obrenowitsch in dem Kampfe mit der radikalen Bauerndemokratie, dann muß wohl Europa seinerseits daran denken, die Verhältnisse Serbiens dauernd zu ordnen, ein Versuch, der freilich den Reim zu internationalen Verwickelungen schlimmster Natur in sich birgt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Zwischen Deutschland und Spanien dürfte sich jetzt ein Volkstriebe entspinnen. Nach einer Drahtmeldung der „Kön. Ztg.“ aus San Sebastian erhielt bereits das Bremer Zollamt die Anweisung, auf alle nach dem 15. Mai angelangenen deutschen Waaren den höchsten Zollfuß anzuwenden.

Ueber das Landwirtschaftskammer-Gesetz finden abermals Kompromiß-Verhandlungen zwischen Konservativen, Freikonservativen und National-Liberalen des preuss. Abgeordnetenhauses statt, die diesmal Aussicht auf Erfolg haben sollen.

Der Geh. Legationsrath Baron von Ribbentrop-Wächter dürfte erst im Herbst seinen Gesandtschaftsposten in Hamburg antreten.

Am 22. d. werden 15 Unteroffiziere und Zahlmeister-Aspiranten, 179 Gefreite und 60 Gemeine der Kavallerie, die sich freiwillig zur Formirung einer berittenen Abtheilung der Schutztruppe gemeldet haben, aus ihren Regimentern ausscheiden, um in Kürze nach dem Drangriff in Deutsch-Südwest-Afrika beordert zu werden. Die Hin- und Rückreise, Verpflegung, Unterbringung und Kleidung geht auf Reichskosten.

Das Anwachsen der Reichsausgaben kam in der bayrischen Abgeordnetenversammlung am Freitag bei der Beratung der Etatsausgaben für Reichszwecke zur Sprache. Hager, Dreterer und Daller beklagten lebhaft das Anwachsen der Matricularbeiträge und forderten die Regierung zu energischer Haltung gegenüber den Forderungen für Heereszwecke auf. Finanzminister Freiherr v. Riedel beklagte ebenfalls das Anwachsen des Ausgabe-Etats für Reichszwecke. Die Finanzminister seien aber nicht allmächtig, sondern müßten sich vor dem Urtheile anderer, zunächst zuständiger Faktoren beugen. Die bayrische Regierung werde alles thun, um die nöthige Sparsamkeit zu sichern. Der Etat wurde genehmigt unter Erhöhung der mit 46 671 000 Mark in den Etat eingestellten Matricularbeiträge auf 50 855 000 Mark.

Der deutsche Apothekerverein hatte, wie die „Berl. Vol. Nachr.“ mittheilen, eine Untersuchung veranstaltet, um zu prüfen, ob die Mehrzahl der Apotheker, welche nicht Besizer sind, für die geplante Einführung der sogenannten „Personal-konfession“ sei. Hierzu wurden die Gehilfen des Apothekervereins durch Fragebogen um die Abgabe ihres Urtheils er-

sucht. Nach dem vorläufigen Abschluß der Erhebung hat sich ergeben, daß von den Gehilfen nicht weniger als nahezu 68 v. H. für die freie Vererblichkeit und Veräußerlichkeit der Apothekenbetriebe-Berechtigung, also gegen die Personal-konfession sind. Es ist also nicht richtig, daß die Mehrheit der Apothekergehilfen in der Beurteilung der Personal-konfession anderer Meinung sei, als die Mehrheit der Apothekenbesitzer.

Zur Vermeidung der vielen Beschränkungen gegen die Vorschriften über das Auskleben der Wechselstempelmarken und der damit verbundenen empfindlichen Geldstrafen hatte die Chemnitzer Handels- und Gewerbetammer an zuständiger Stelle den Vorschlag gemacht, daß die Fertiger von Wechselstempularen am obersten Hande der Rückseite jedes zum Gebrauch für den inneren deutschen Verkehr bestimmten Formulars durch Einrammung mittels Striche, Linien, Punkte oder ähnlich, wie dies auch bei Postanweisungen u. s. w. geschieht, die zum Auskleben der Wechselstempelmarken bestimmte Stelle bezeichnen müßten. Die Kammer ist jedoch nunmehr auf diesen sehr zweckmäßigen Vorschlag abschlägig beschieden worden. Nun soll der deutsche Handelstag veranlaßt werden, sich in dieser für den gesamten deutschen Handelsstand sehr wichtigen Angelegenheit beim Bundesrath zu verwenden, ev. zu Gunsten eines von der Gewerbetammer zu Weimar ausgehenden Vorschlags, an den Wechselstempularen einen mittels Durchlöcherung leicht zu trennenden Abschnitt anzubringen und auf ihm kurz die geltenden Bestimmungen mitzutheilen mit der Bemerkung am Schluß: „Nach Entwerfung der Marken hier abzutrennen.“ Besser wäre es schon noch, wenn das Gesetz nicht so bürokratisch-pedantisch gehandhabt würde.

In der bayrischen Kammer der Abgeordneten wurden am Sonnabend die niederbayrischen Petitionen, auf dem Flachlande den zwangsweisen Besuch der Volksschule für das stehende Schuljahr aufzuheben, abgelehnt, weil die jetzt vorhandenen Erleichterungen des Landkulturbesuchs ausreichen und die Herbeiführung eines Unterschiedes in der Dauer der Schulpflicht in der Stadt und auf dem Lande unerwünscht sei. Im Laufe der Debatte, die sich sehr lebhaft gestaltete, hob der Kultusminister Dr. v. Müller hervor, die Zuschneidung der Schulordnung für die einzelnen Berufsarten würde die Ausbildung eines die Schule schädigenden Kastengeistes herbeiführen.

Oesterreich-Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhaus brachten Fernerstorfer und Genossen einen dringlichen Antrag ein auf Einführung des Achtstundentages in Bergwerken, einschließlich Einfahrt und Ausfahrt, ferner auf Verbot der Werks-Konsumvereine, sowie auf Gewährung einer staatlichen Unterstützung für die Hinterbliebenen der in Falkenau und Polnisch-Strau getödteten Arbeiter. Nach der Begründung der Anträge durch die Anragssteller lehnte das Haus die Dringlichkeit ab und beschloß, die Anträge nach Maßgabe der Geschäftsordnung zu behandeln.

Frankreich. Für eine allgemeine Abrüstung soll sich ein französischer Armeekorps-Kommandant in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Figaro“ ausgesprochen und eine solche für Frankreich als günstig bezeichnet haben. Nur die elsass-lothringische Frage bilde ein Hinderniß. Der General soll zugleich Frankreich als in Bezug auf den militärischen Geist und die Mobilmachungsfähigkeit Deutschland unterlegen bezeichnet haben. — Bei der Unzuverlässigkeit des „Figaro“ läßt sich nicht erkennen, wieviel an der Nachricht erfinden und ob überhaupt an derselben etwas Wahres ist.

In dem Panamawindel hat sich, wie Cornelius Herz, nun auch Ingenieur Eiffel mit den Panamagläubigern abgefunden. Das Zivilgericht erklärt einen zwischen den Panamaliquidatoren und dem Ingenieur Eiffel getroffenen Ausgleich